

Wacker-Chemie-Chef Rudolf Staudigl: "Wir brauchen wettbewerbsfähige Strompreise für die europäische Grundstoffindustrie" (Teil 2)

Categories : [Beihilfenrecht](#), [Digitalisierung](#), [Emissionshandel](#), [Energie](#), [Energiehandel](#), [Erneuerbare Energien](#), [Europarecht](#), [Kraftwerke](#), [Regulierung](#), [Strom](#), [Umweltrecht](#)

Tagged as : [Beihilfeleitlinien](#), [besondere Ausgleichsregelung](#), [Börsenstrompreise](#), [Carbon Leakage](#), [CO2-Emissionen](#), [CO2-Kosten](#), [EEG](#), [Energiepartnerschaft](#), [Energiewende](#), [EU-Gemeinschaftsrecht](#), [Industriestrompreis](#), [Klimaschutz](#), [Preisregulierung](#), [Produktionsverlagerungen](#), [Strompreiskompensation](#)

Date : 4. September 2019

Im 1. Teil unseres Interviews sprach sich Wacker-Chemie-Chef Rudolf Staudigl für gedeckelte Strompreise für stromintensive Unternehmen aus, um die Industrie international wettbewerbsfähig zu halten. Im 2. Teil des Interviews sprechen wir mit Rudolf Staudigl darüber, wie eine solche Preisregulierung konkret aussehen könnte und welchen Beitrag die Industrie im Gegenzug für den Klimaschutz und die Energiewende leisten kann.

Energieblog: Sehr geehrter Herr Staudigl, lassen Sie uns konkret werden. Wie kann eine Preisregulierung durch Gesetzgeber oder Behörden aussehen?

Staudigl: Wir müssen zunächst trennen zwischen reinen Börsenpreisen und den regulatorischen Kosten. Für die regulatorischen Mehrkosten – ETS, EEG, Netze und Umlagen - hat sich in den letzten Jahren ein komplexes System von Entlastungsregelungen für energieintensive Unternehmen entwickelt. Die Kompensation hat den Zweck, die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen gegenüber Wettbewerbern zu erhalten, die diese Kosten nicht tragen müssen. Beim ETS sollten insbesondere Produktionsverlagerungen und somit ein Anstieg der CO2-Emissionen in Ländern außerhalb des EU-Emissionshandelssystems - also Carbon Leakage - aufgrund indirekter CO2-Kosten in der EU verhindert werden.

Das zweite Element sind die heutigen und künftigen Börsenstrompreise. Schon die heutigen reinen Börsenstrompreise sind international nicht mehr wettbewerbsfähig und sie werden in den kommenden Jahren vermutlich eher steigen als fallen. In dem bestehenden energiewirtschaftsrechtlichen Setup fehlt es an Instrumenten, hier für eine Begrenzung des Strompreises bei 4 Cent pro Kilowattstunde zu sorgen. Deshalb braucht es einen europäisch angelegten Industriestrompreis für die energieintensive Grundstoffindustrie.

Energieblog: Soll denn der Staat Strom aufkaufen und für 4 ct/kWh weitergeben?

Staudigl: Der Staat, besser noch die EU, sollte einen EU-weiten Rahmen im EU-Gemeinschaftsrecht schaffen, damit die strukturelle Wettbewerbsverzerrung bei den Stromkosten zum Nachteil der EU aufgehoben, zumindest aber abgemildert wird. Es braucht dazu einen europäisch angelegten Industriestrompreis für die Grundstoffindustrie, der dynamisch nach oben und unten atmet. Denn für die europäische stromintensive Grundstoffindustrie ist nicht der absolute Strompreis entscheidend, sondern die Relation zum internationalen Wettbewerber in regelmäßig (staatlich) regulierten Strompreiszonen. In diesem Jahr liegt die Schmerzgrenze bei maximal 4 ct/kWh.

Energieblog: Ihre impliziten Gegenleistungen für einen günstigeren Industriestrompreis heißen

Standortsicherung und Arbeitsplätze. Da ist für den Kampf gegen den Klimawandel noch nicht viel gewonnen. Müssen Sie nicht auch einen Beitrag für die Transformation des Energiesektors leisten, wenn Sie von vielen Belastungen verschont werden?

Staudigl: Richtig. Die energieintensive Grundstoffindustrie muss sich im Gegenzug zu ambitionierten Dekarbonisierungsschritten verpflichten. Auf der Strombeschaffungsseite besteht eine riesige potentielle Nachfrage.

Energieblog: Um welche Größenordnung geht es?

Staudigl: Jährlich fallen gut 100 Terawattstunden Strom unter die Besondere Ausgleichsregelung des EEG. Um diese Strommenge in Summe durch neue erneuerbare Kraftwerke zu stemmen, braucht es (je nach Technologiemix) einen Zubau von etwa 40 bis 50 Gigawatt Windenergie- und Solaranlagen. Mit Blick auf den dringend notwendigen Ausbau von Wind und Photovoltaik zur Erreichung von 65 Prozent Erneuerbaren bis 2030 ist das eine echte Herausforderung. Aktuell scheint der Ausbaupfad aber flacher zu werden statt steiler, hier kann die stromintensive Industrie durch Abnahmezusagen Unterstützung bieten.

Komplementär dazu auf der Produktionsseite: Wenn wir die industrielle Fertigung nach China abwandern lassen, weil dort der Strom deutlich billiger ist, hat das vielfältige, vor allem auch klimapolitisch gravierende Folgen. Es gehen nicht nur Tausende qualifizierter und hochbezahlter Arbeitsplätze verloren und wir geben Zukunftstechnologie aus der Hand. Es werden vor allem auch die CO₂-Emissionen unter dem Strich massiv steigen, weil in China viel mehr mit Energie aus Kohle produziert wird und die Produktionsanlagen dort längst nicht so energieeffizient sind wie hierzulande.

Energieblog: Haben Sie dazu ein Beispiel?

Staudigl: Nehmen Sie als Beispiel unsere Polysiliciumproduktion in Deutschland: Wenn Sie diese Mengen bei unseren Wettbewerbern im Westen Chinas produzieren, dann werden – pro Jahr! - mehr als 3 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich ausgestoßen. Das kann nicht im Sinne des Klimaschutzes sein. Im Gegenteil: Die europäische Politik muss stromintensive Produktion in die europäische Union locken, wenn wir weltweit die Treibhausgasemissionen senken wollen. Ein europäischer Industriestrompreis ist Türöffner für planungssichere Investitionen in THG-neutrale Prozesse der energieintensiven Industrie in Europa und kann so die Einhaltung der Pariser Klimaschutzvereinbarungen im Industriesektor ermöglichen.

Wir stehen am Anfang einer Energiepartnerschaft: Beschleunigung des Erneuerbaren-Ausbaus durch projektunterstützende Abnahmeverpflichtungen der stromintensiven Unternehmen in Kombination mit einem gedeckelten Industriestrompreis. Damit stärken wir Klimaschutz, Energiewende und Grundstoffindustrie.

Energieblog: Von welcher Zeitschiene sprechen wir hier?

Staudigl: Wir brauchen schnell eine Lösung, um die heutigen Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen oder zumindest abzumildern. Dafür bietet sich tagespolitisch die Neuregelung der Strompreiskompensation an. Die Bundesregierung formuliert in diesen Tagen und Wochen ihre Position im Rahmen der anstehenden Überarbeitung der Beihilfeleitlinien für indirekte CO₂-Kosten. Genau der richtige Zeitpunkt, um der EU-Kommission die Sorgen der europäischen Grundstoffindustrie zu erläutern.

Die diversen Begrenzungen und Kürzungen bei der Strompreiskompensation sollten abgeschafft werden – es muss der tatsächliche Verteuerungseffekt gegenüber Regionen ohne CO₂-Kosten möglichst vollständig ausgeglichen werden, und mit deutlich geringerer zeitlicher Verzögerung bei den weiter

erwarteten Anstiegen. Mit einer Neuausrichtung der Strompreiskompensation gewinnt die EU die Zeit, die sie für eine zeitnahe Einführung eines europäischen Industriestrompreises im Gemeinschaftsrecht braucht.

Energieblog: Sehr geehrter Herr Staudigl, herzlichen Dank für das ausführliche Interview.